NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates Rhodt unter Rietburg vom Dienstag, dem 26.10.2021, im Durlacher Hof Rhodt

Mitglieder:

Anwesend:

Bemerkungen:

Ortsbürgermeister Pister, Armin	Vorsitzender
Beigeordneter Fader, Knut	
Beigeordneter Blank, Matthias	
Dr. Engel, Torsten	
Götz, Rainer	
Fraktionsvorsitzende Dr. Heintz-Gehm, Birgit	
Fraktionsvorsitzende Hener, Nicole	
König, Stefanie	
Dr. Schmucker, Axel	
Schöfer, Felix	
Schreiner, Daniela	
Schreiner, Thomas	ab TOP A2
Seelos, Peter	
Winter, Uwe	
Zimmermann, Annika	

Abwesend:

Erste Beigeordnete Schilling, Katrin	
Wolff, Christian	

Für die Verwaltung:

Verwaltungsfachangestellter Weisbrod, Rainer	Schritfführer
Dipl.Ing. Zörcher, Klaus	TOP A2 + A3

Der Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Einladung des Gemeinderates Rhodt unter Rietburg fest, welche jedem Mitglied fristgemäß zugestellt wurde.

Zeit, Ort und Tagesordnung wurden öffentlich bekannt gemacht.

Beginn der Sitzung: 19:30 Uhr

Ende: 23:35 Uhr

TAGESORDNUNG:

A) ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Einwohnerfragestunde
2. Erteilung des Einvernehmens nach § 36 BauGB hinsichtlich eines Bauvorhabens Edesheimer Straße, Flurstücks-Nrn. 284-287
3. Erteilung des Einvernehmens nach § 36 BauGB hinsichtlich eines Bauvorhabens in der Theresienstraße, Flurstücks-Nr. 489
4. Bebauungsplan "Wiesenstraße, 6. Änderung und Erweiterung"
 - a) Abwägung der im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen
 - b) Satzungsbeschluss
5. Gemeindewald
 - Kalkungsbedürftigkeit und Möglichkeit der Förderung von Kalkungsmaßnahmen mit Hubschrauber
6. Verwendung der Bundeswaldprämie in den verbandsangehörigen Gemeinden des FZV Modenbach (-Nachhaltigkeitsprämie Wald -)
7. Auftragsvergabe
 - Renovierung Fenster und Fassadenfront/Südseite Rathaus Rhodt
8. Auftragsvergabe
 - Reparatur des Sturmschadens am Dach des Kirchturms in Rhodt
9. Auftragsvergabe
 - Sicherungsarbeiten Rietburg – Bestätigung einer Eilentscheidung
10. Auftragsvergabe
 - Sanierungsarbeiten an der Kellerdecke im Anwesen "Herrengasse 5"
11. Beschilderung Wohnmobilstellplatz
 - Antrag Wählergruppe Schilling
12. Verkehrsangelegenheit
 - Straßenmarkierungsarbeiten sowie Aufstellung eines Verkehrsschildes
 - Antrag Wählergruppe Schilling
13. Kindertagesstätte Rhodt
 - Klärung von Bedarf und Erweiterungsmöglichkeiten
14. Informationen

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt Ortsbürgermeister Pister den Antrag, die Tagesordnung um folgende Punkte zu erweitern:

- Erteilung des Einvernehmens nach § 36 BauGB hinsichtlich eines Bauvorhabens Edesheimer Straße, Flurstücks-Nrn. 284 – 287
- Auftragsvergabe
 - Sicherungsmaßnahme „Rietburg“, Bestätigung einer Eilentscheidung
- Auftragsvergabe
 - Sanierung der Kellerdecke im Anwesen „Herrengasse 5“

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

Weiterhin wird die Reihenfolge der Tagesordnungspunkte einstimmig wie folgt geändert:

TOP 2 Erteilung des Einvernehmens nach § 36 BauGB hinsichtlich eines Bauvorhabens Edesheimer Straße, Flurstücks-Nrn. 284 – 287

TOP 5 wird **TOP 3**

TOP 2 wird **TOP 4**

TOP 3 wird **TOP 5**

TOP 4 wird **TOP 6**

TOP 6 wird **TOP 7**

TOP 7 wird **TOP 8**

TOP 9

Auftragsvergabe – Sicherungsmaßnahme „Rietburg“

TOP 10

Auftragsvergabe – Sanierung der Kellerdecke im Anwesen „Herrengasse 5“

TOP 8 wird **TOP 11**

TOP 9 wird **TOP 12**

TOP 10 wird **TOP 13**

TOP 11 wird **TOP 14**

Anschließend beantragt das Ratsmitglied Dr. Torsten Engel die Korrektur folgender Niederschriften:

1. Bauausschuss vom 28.09.2021

Korrektur:

„Die Gestaltung der Erweiterung als Gebäudeteil mit Flachdach entspricht nicht der Gestaltungssatzung. Eine Umplanung des Entwurfs mit einer gestaltungssatzungskonformen Dachform bedeutet eine signifikante Veränderung des Entwurfs, sodass der Bauvoranfrage im gesamten kein Einvernehmen erteilt werden kann.“

Begründung:

Dies entspricht dem Diskussionsstand des Bauausschusses. Darüber hinaus besteht ohne Korrektur ein Widerspruch, da es zum Einen heißt „Der beantragten Abweichung Öffnungen die die Gebäudeecke unterbrechen wird einstimmig zugestimmt“, zum Anderen „Eine Öffnung in der Gebäudeecke entspricht ebenso nicht dem Ortsbild“.

Die Bauausschussmitglieder (Dr. Axel Schmucker, Dr. Torsten Engel, Hener Nicole, Blank Matthias und Ortsbürgermeister Armin Pister) stimmen der beantragten Korrektur mit 2 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 2 Enthaltungen zu.

2. Gemeinderatsitzung vom 21.09.2021
TOP 6 – Informationen

Korrektur:

„Ratsmitglied Dr. Torsten Engel schlägt vor, dass das LBM zusätzliche Hinweisschilder zur Verkehrsleitung via Straßburger Weg anbringt. Von Edenkoben kommend sollte auf die Ziele „Edesheim“ und „Landau“, von Edesheim kommend sollte auf die Ziele „Edenkoben“ und „Neustadt“ hingewiesen werden. Ziel ist die Reduzierung des Verkehrsaufkommens in der Weinstraße. Die Verwaltung möge dies beim LBM anregen.“

Der beantragten Niederschriftskorrektur wird einstimmig zugestimmt.

1. Einwohnerfragestunde

Auf Grund der Irritationen in der letzten Gemeinderatssitzung (21.09.2021) macht Ortsbürgermeister Pister vorab folgende Erklärung:

„Liebe Bürger, liebe Bürgerinnen, bei der letzten Ratssitzung kam es zu Irritationen. Der Punkt Einwohnfragestunde muss erläutert werden. Es gibt verschiedene Möglichkeiten wie der Bürger sich aktiv an der politischen Arbeit beteiligen kann. Der wohl maßgebliche ist die Teilnahme als Ratsmitglied. Weitere Möglichkeiten sind Gespräche und Anregungen an Ratsmitglieder oder an den Ortsbürgermeister, schriftlich wie auch mit Gesprächstermin jederzeit möglich. Eine weitere Möglichkeit ist die Fragestunde im Gemeinderat.“

Hierzu sieht unsere Geschäftsordnung folgendes vor:

Fragen, Vorschläge oder Anregungen.

Die Einwohnfragestunde steht nicht in Konkurrenz zu aktiven Ratsarbeit.

Die Fragen, Vorschläge oder Anregungen müssen kurz gefasst sein; sie sollen einschließlich Ihrer Begründung die Dauer von drei Minuten nicht überschreiten. Der Antragssteller darf nur eine Frage stellen. Eine Zusatzfrage ist zugelassen.

Nun werden wir hier nicht mit der Stoppuhr stehen, jedoch macht der Gesetzgeber klar, dass es nicht zur Konkurrenzveranstaltung zum Rat kommen kann.

Fragen werden mündlich vom Vorsitzenden beantwortet. Die Fraktionen können kurz Stellung nehmen.

Eine Beschlussfassung kann es in der Einwohnfragestunde nicht geben.“

- a) Eine Bürgerin erläutert Ihre Einwohnfrage (E-Mail vom 17.09.2021):

Die geplanten Bauvorhaben in Rhodt „Bebauung Grundstück ehemals Hartneck“ und „Baugebiet Schrebergärten Wiesenstraße“ werfen bei uns (Anwohner Baugebiet Wiesenstraße) zentrale Fragen auf. Wir haben große Bedenken hinsichtlich der Auswirkungen der beiden Bebauungen auf den Rhodter Dorfkern und vor allem auf unser Leben im Baugebiet Wiesenstraße.

Der Gemeinderat sollte sich deshalb mit folgenden Fragen umfassend beschäftigen und in Ihren Entschluss einfließen lassen:

Thema: Parken/Verkehr

1. Parkplatzsituation am oberen Parkplatz Wiesenstraße (Rieslingweg/Portugieserweg)
2. Hohes Verkehrsaufkommen im Baugebiet Wiesenstraße
3. Abschottung des Baugebiets Wiesenstraße vom Dorf.

Thema: Umweltauswirkungen durch Bebauung

1. Versiegelung von Flächen
2. Klimaauswirkung

Thema: Dorfplatz für Rhodt und Rhodter

1. Alternativer Dorfplatz für Rhodt – Ersatz für Eichplatz

Der Gemeinderat nimmt dies zur Kenntnis.

- b) Ein Bürger bezieht sich auf die Ausführungen von Frau Susanne Ziegler und verweist ergänzend auf seine Fragen (E-Mail vom 05.08. 2021 und E-Mail vom 02.09.2021).

Der Gemeinderat nimmt dies zur Kenntnis.

2. Erteilung des Einvernehmens nach § 36 BauGB hinsichtlich eines Bauvorhabens Edesheimer Straße, Flurstücks-Nrn. 284-287

Für das Vorhaben Dachausbau im Vorderhaus zur 3. Wohneinheit, Edesheimer Straße auf den Flurstücks-Nr. 284-287 ist am 22.09.2021 ein Bauantrag eingegangen.

Das Vorhaben liegt im unbeplanten Innenbereich der Ortsgemeinde Rhodt.

Weiterhin liegt das Vorhaben im Bereich der Gestaltungssatzung und der Denkmalzone und in der Nähe von Denkmälern und bedarf der Genehmigung der unteren Denkmalschutzbehörde bei der Kreisverwaltung SÜW.

Gemäß vorliegender Planung ist ein Dachausbau im Vorderhaus zur 3. Wohneinheit geplant. Laut Mitteilung des Planers ändert sich die Fassade im Erdgeschoss und Obergeschoss nicht. Bestandspläne wurden keine vorgelegt.

Das Kellergeschoss bleibt unverändert.

Im Erdgeschoss ändert sich der Grundriss im hinteren Gebäude.

Im Obergeschoss ändert sich der Grundriss im Vorderhaus und hinteren Gebäude.

Im Dachgeschoss sind im Süden 4 Schleppdachgauben geplant.

Im Osten sind zwei neue Fenster vorgesehen.

Im Norden ist eine neue Tür und drei neue Fenster geplant.

Die Traufhöhe bleibt wie der Bestand bei 5,81 m und die Firsthöhe erhöht sich um 1,25 m auf 11,83 m.

Es sind Satteldächer mit 52 Grad geplant.

Gemäß § 6 (1) der Gestaltungssatzung müssen Dachneigungen zwischen 38 Grad und 48 Grad betragen.

Es ist eine Dachneigung von 52 Grad geplant.

Trauf- und Firsthöhen müssen sich in die benachbarte Bebauung einfügen. Kniestöcke sind nur zulässig, wenn sie sich im Hinblick auf die Anpassung an die Nachbarbebauung einfügen.

Es sind Kniestöcke geplant.

Gemäß § 6 (3) der Gestaltungssatzung sind Dächer in Tonziegeln in rot bis rotbraunen Tönen einzudecken. Glasierte Dachziegel sind nicht zulässig. Schiefer und Kupferteile dürfen ergänzend benutzt werden. Ausnahmsweise können bei Gauben und untergeordneten Nebengebäuden Dacheindeckungen mit Kupfer oder Zinkblech mit Stehfalz zugelassen werden.

Wie das eindeckt wird, ist den Plänen nicht zu entnehmen.

Gemäß § 7 (2) der Gestaltungssatzung müssen die Ansichtsflächen der einzelnen Dachgauben in einem ausgewogenen Verhältnis zur Gesamtfläche stehen. Sie sollen 1,5 m² nicht überschreiten.

Die einzelnen Gauben sind größer als 1,5 m².

Gemäß § 7 (3) der Gestaltungssatzung sind die Gaubeneindeckungen in Material und Farbe dem Hauptdach anzugleichen, die senkrechten Außenflächen sind wie die Dachfläche oder die Gebäudeaußenwand auszuführen. Ausnahmsweise können hier Kupfer- oder Zinkbleche mit Falz oder senkrechte Brettschalung zugelassen werden.

Wie die Gaubeneindeckung erfolgen soll, ist den Plänen nicht zu entnehmen.

Gemäß § 8 (1) der Gestaltungssatzung muss die Mauerfläche jeder Außenwand gegenüber den Öffnungsflächen überwiegen. Fenster und Eingangsöffnungen müssen in Größe, Maßverhältnissen und Gestaltung dem Charakter des Gebäudes, sowie des Straßenbildes angepasst sein. Dies gilt auch für Fensterläden. Sätze 1 und 3 gelten nicht für Neben- und Rückgebäude, die nicht dem Wohnen dienen.

Gemäß § 8 (2) der Gestaltungssatzung müssen Fenster- und Eingangsöffnungen ein stehendes Format aufweisen.

Bei den geplanten Fenstern ist kein stehendes Format geplant.

Gemäß § 8 (3) sind sprossenlose Fenster unzulässig. Sie können ausnahmsweise zugelassen werden, wenn sie von Ortsstraßen und Plätzen aus nicht einsehbar sind. Bei Renaissance (Fachwerkbauten), barocken und nachbarocken Fassaden sind Fenster nur mit der ursprünglichen Teilung zulässig, d.h. es sind nur zweiflügelige Fenster mit und ohne Oberlicht zulässig. Die Sprossen sind als tragende Sprossen auszubilden, deren Stärke 27 mm nicht überschreiten dürfen.

Fenster sollten möglich als Verbund- oder Kastenfenster mit konstruktiven Wetterschenkeln aus Holz ausgeführt werden und keinen hellen Anstrich erhalten. Fensterbänke sollen als Sandstein- oder Kunststeinfensterbänke, in mindestens 8 cm Stärke ausgeführt werden. Satz 1 gilt nicht für Gebäude nach § 4 Satz 2.

Es sind sprossenlose Fenster vorgesehen.

Gemäß § 8 (4) der Gestaltungssatzung sollen Fenster und Haustüren vorzugsweise in Holz ausgeführt werden. Metallfenster und glänzende Kunststofffenster sind nicht zulässig. Form, Größe und Material der Fenster sind auf die Gesamtgestaltung der Fassade abzustimmen. Zulässig sind nur Fensterformate in hoch-rechteckiger Form (Höhe größer Breite).

Die Fenster sind nicht in hoch-rechteckiger Form geplant.
Wie die Fenster und Türen ausgeführt werden, ist den Plänen nicht zu entnehmen.

Die Ortsgemeinde hat über die beantragten Abweichungen/Ausnahme zu entscheiden. Die Ortsgemeinde hat zu entscheiden, ob das gemeindliche Einvernehmen nach § 36 BauGB zu dem Vorhaben erteilt werden kann.
Eine Nichterteilung ist planungsrechtlich zu begründen.

Dorfplaner, Architekt Klaus Zörcher, stellt das geplante Bauvorhaben mittels Power-Point-Präsentation dem Gemeinderat vor und erläutert dieses umfassend.

Das Thema Brandgiebel Ost- und Westseite und die damit verbundene Problematik wird von Architekt Zörcher speziell erläutert.

Fragen werden von Architekt Zörcher direkt beantwortet.

Der beantragten Abweichung Dachneigung wird mit 14 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung zugestimmt.

Der beantragten Firsthöhe wird mit 11 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen zugestimmt.

Der beantragten Abweichung Kniestock wird mit 9 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen zugestimmt.

Der beantragten Abweichung Größe Gauben wird mit 13 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen zugestimmt.

Der beantragten Abweichung Fensterformat wird 14 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme zugestimmt.

Der beantragten Abweichung/Ausnahme sprossenlose Fenster wird einstimmig nicht zugestimmt.

Die geplante Form der Brandgiebel auf der Ost- und Westseite wird einstimmig abgelehnt. Eine Entschärfung der Situation (z. B. durch Abwalmen) ist planerisch umzusetzen um das Einfügen ins Ortsbild zu gewährleisten.

Das gemeindliche Einvernehmen zu dem vorliegenden Bauvorhaben wird mit 14 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Begründung:

Die Form der geplanten Brandgiebel Ost- und Westseite sowie die geplanten sprossenlosen Fenster passen nicht ins Ortsbild und widersprechen der geltenden Gestaltungssatzung.

Ortsbürgermeister Pister gibt zu bedenken, dass bei 5 Zustimmungen und 2 Ablehnungen das Einvernehmen zu erklären wäre. Die Kreisverwaltung hatte hierzu in der Vergangenheit die Ablehnung ausgesetzt und dem Bauantrag stattgegeben.

3. Erteilung des Einvernehmens nach § 36 BauGB hinsichtlich eines Bauvorhabens in der Theresienstraße, Flurstücks-Nr. 489

Für das Vorhaben Abbruch Bestandsdach und Neuerrichtung Flachdach, Theresienstraße auf der Flurstücks-Nr. 489 ist am 14.09.2021 ein Bauantrag eingegangen.

Das Vorhaben liegt im Geltungsbereich des einfachen Bebauungsplans „Theresienstraße Nord“ der Ortsgemeinde Rhodt u.R.

Weiterhin liegt das Vorhaben im Bereich der Gestaltungssatzung und der Denkmalzone und bedarf der Genehmigung der unteren Denkmalschutzbehörde bei der Kreisverwaltung SÜW.

Gemäß vorliegender Planung ist im nördlichen Grundstücksbereich an der westlichen Grundstücksgrenze der Abbruch eines Bestandsdaches und die Errichtung eines Flachdaches über eine Breite von 6,38 m und einer Tiefe von 7,88 m geplant.

In der Sitzung des Bauausschusses der Ortsgemeinde Rhodt u.R.vom 07.08.2021 wurde über eine Bauvoranfrage wie folgt beraten:

Für das Vorhaben Änderung Dacheindeckung, Theresienstraße auf der Flurstücks-Nr. 489 ist am 09.06.2021 eine Bauanfrage eingegangen.

Das Vorhaben liegt im Geltungsbereich des einfachen Bebauungsplans „Theresienstraße Nord“ der Ortsgemeinde Rhodt u.R.

Weiterhin liegt das Vorhaben im Bereich der Gestaltungssatzung und der Denkmalzone und bedarf der Genehmigung der unteren Denkmalschutzbehörde bei der Kreisverwaltung SÜW.

Die Bauherrin teilt folgendes mit:

In der Anlage finden Sie sowohl den Plan sowie die Ansichten des rückwärtigen Teils der Theresienstraße. Das gekennzeichnete Dach ist derzeit mit Wellasbestzementplatten belegt. Diese würden wir gerne entfernen und entsorgen lassen. Anstelle der Wellasbestzementplatten würden wir das Dach mit einer Betonplatte versehen. Von der Straße aus ist dieser Teil des Gebäudes nicht ersichtlich, da sich das Dach in Richtung Norden befindet. Daher stellen wir diesbezüglich einen Abweichungsantrag zur Ortssatzung.

Gemäß § 6 der Gestaltungssatzung müssen Dachneigungen zwischen 38 Grad und 48 Grad betragen. Flach-, Shed- und Tonnendächer sind unzulässig.

Gebäude, die den Ortsrand bilden, müssen traufständig zur freien Natur oder zu den Hausgärten errichtet werden.

Trauf- und Firsthöhen müssen sich in die benachbarte Bebauung einfügen. Kniestöcke sind nur zulässig, wenn sie sich im Hinblick auf die Anpassung an die Nachbarbebauung einfügen.

Bestehende historische Dächer sind auch durch Umbauarbeiten in ihrer Grundstruktur und Gestaltung zu erhalten. Bei Neueindeckung dieser Dächer sind Tonziegel (Biber, Falz, Naturschiefer) zu verwenden.

Dächer sind in Tonziegel in rot bis rotbraunen Tönen einzudecken. Glasierte Dachziegel sind nicht zulässig. Schiefer und Kupferteile dürfen ergänzend benutzt werden. Ausnahmsweise können bei Gauben und untergeordneten Nebengebäuden Dacheindeckungen mit Kupfer oder Zinkblech mit Stehfalz zugelassen werden. Dachrinnen und Regenrohre sind aus Zink- und Kupferblech, mit fachgerecht hergestelltem Standrohr aus Gusseisen oder Stahl auszuführen.

Ortsgang- und Traufgesimse sind in profilierter Ausführung aus Holz oder Natursandstein herzustellen. Kunststoff- und Metallverkleidungen sind unzulässig. Sichtbare Sparren sind nur bei den Gebäuden zulässig, die von den Ortsstraßen her nicht sichtbar sind. Aufdachdämmungen sind nur zulässig, wenn die vorhandenen Proportionen von Ortsgang und Traufe erhalten werden können.

Der Bauherr teilt dem Ortsbürgermeister mit, dass er das Asbest-Dach sanieren möchte. Um in Zukunft flexibler zu sein, möchte er zunächst eine Betondecke als Abschluss und Decke realisieren. Dies würde zunächst helfen um das Asbest-Dach zu ersetzen. In der weiteren Planung möchte er darauf noch weiter entwickeln. Diese Ideen möchte er jedoch erst noch reifen lassen.

Die Ortsgemeinde hat über die Abweichungen zu entscheiden. Die Ortsgemeinde hat zu entscheiden, ob das gemeindliche Einvernehmen nach § 36 BauGB zu dem Vorhaben erteilt werden kann.

Eine Nichterteilung ist planungsrechtlich zu begründen.

Der beantragten Abweichung Dachform wird einstimmig zugestimmt.

Der beantragten Abweichung Dachneigung wird einstimmig zugestimmt.

Der beantragten Abweichung Dacheindeckung wird einstimmig zugestimmt.

Der Bauausschuss erteilt einstimmig das gemeindliche Einvernehmen zu dem vorliegenden Vorhaben.

Die Ortsgemeinde hat über die Abweichungen zu entscheiden.

Die Ortsgemeinde hat zu entscheiden, ob das gemeindliche Einvernehmen nach § 36 BauGB zu dem Vorhaben erteilt werden kann.

Eine Nichterteilung ist planungsrechtlich zu begründen.

Nach umfassender Diskussion wird den beantragten Abweichungen (Dachform, Dachneigung, Dacheindeckung) mit 7 Ja-Stimmen und 8 Enthaltungen zugestimmt.

Der Ortsgemeinderat erteilt das gemeindliche Einvernehmen zu dem vorliegenden Vorhaben.

4. Bebauungsplan "Wiesenstraße, 6. Änderung und Erweiterung"

a) Abwägung der im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen

b) Satzungsbeschluss

Der Ortsgemeinderat Rhodt unter Rietburg hat in seiner Sitzung vom 08.12.2020 den Planaufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan „Wiesenstraße, 6. Änderung und Erweiterung“ gefasst.

Die erneute Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zum Bebauungsplan „Wiesenstraße, 6. Änderung und Erweiterung“ wurde im Zeitraum vom 23.07.2021 bis einschließlich 06.08.2021 durchgeführt.

Innerhalb dieses Zeitraums wurden die in der Anlage beigefügten und vom Planungsbüro kommentierten Stellungnahmen und Anregungen vorgebracht.

Erfolgt durch den Gemeinderat die Abwägung entsprechend der vorgelegten Kommentierung, kann der Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan „Wiesenstraße, 6. Änderung und Erweiterung“ gefasst werden.

Ortsbürgermeister Armin Pister, Beigeordneter Knut Fader, die Ratsmitglieder Dr. Torsten Engel, Schreiner Daniela, Schreiner Thomas und Uwe Winter nehmen gemäß § 22 GemO an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil.

Beigeordneter Blank übernimmt den Vorsitz.

- a) Der Gemeinderat beschließt mit 4 Ja-Stimmen und 5 Nein-Stimmen nicht die Abwägung entsprechend der Kommentierung.
- b) Der Gemeinderat beschließt mit 4 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung nicht den Bebauungsplan „Wiesenstraße, 6. Änderung und Erweiterung“ als Satzung.

5. Gemeindewald - Kalkungsbedürftigkeit und Möglichkeit der Förderung von Kalkungsmaßnahmen mit Hubschrauber

Es besteht die Möglichkeit Förderungen für Kalkungsmaßnahmen im Gemeindewald in Höhe von 90% des Nettobetrages zu erhalten. Dafür ist ein Grundsatzbeschluss der betroffenen verbandsangehörigen Gemeinden des Forstzweckverbandes Modenbach notwendig. Sobald dieser vorliegt kann das Forstamt Haardt für die an der Kalkungsmaßnahme teilnehmenden Gemeinden die entsprechenden Förderanträge erstellen. Nach Förderzusage durch die Förderstelle in Neustadt und entsprechendem Auftrag der Gemeinde würde das Forstamt Haardt die Ausschreibung durchführen, den Auftrag vergeben und danach die Maßnahme im Jahr 2022 im Auftrag und auf Kosten des Forstzweckverbandes Modenbach, der ab dem 01.01.2022 für die Waldbewirtschaftung zuständig ist, durchführen.

All diese Maßnahmen benötigen einen gewissen Zeitlauf. Bis alle Beschlüsse der Räte, Förderanträge und Ausschreibung erledigt sind, wird einige Zeit vergehen. Deshalb plant das Forstamt Haardt die Durchführung der Kalkung auch aufgrund des Besucherdruckes, in den Monaten Oktober bis Ende November 2022.

Insgesamt handelt es sich für alle beteiligten Gemeinden um insgesamt 872,8 ha Kalkungsfläche, bei der rund 2.618 to Gesteinsmehl ausgebracht wird. Die Gesamtkosten belaufen sich auf 235.666 € netto bzw. 280.442 € brutto.

Die voraussichtliche Förderung beträgt ca. 90% der Nettokosten (= 212.099 €). Da der Forstzweckverband ab 01.01.2022 regelbesteuerter ist, kann die Umsatzsteuer als Vorsteuer geltend gemacht werden.

Beim Forstzweckverband verbleiben dann 10% der Nettokosten (= 23.566 €), die von der im Jahre 2021 erhaltenen Bundeswaldprämie finanziert werden können.

Für die Ortsgemeinde Rhodt würden folgende Kosten anfallen, die vom Forstzweckverband Modenbach getragen werden:

Hinterwald					absetzbar in					
Revier	Waldbesitzer	Kalkungsfläche	Material 3to/ha	Netto Gesamt	Regelsteuerbetrieb	Brutto incl. MWSt.	Förderhöhe	verbleibt Anteil	Kommune	
		ha		/to 90€	Steuer 19%		90% v. Netto €	€ incl. MWSt.	Brutto	Netto
Modenbach	FZV Rhodt Dis 3	228,496	685,488	61.693,92	11.721,84	73.415,76	55.524,53	17.891,24		6.169,39

Um entsprechend günstige Ausschreibungsangebote zu erhalten, sollten sich alle Kommunen schnellstmöglich an der Maßnahme beteiligen, zumal die Möglichkeit im nächsten Jahr zu kalken eine kostengünstige Chance für die Wälder darstellt, die genutzt werden sollte.

Die Kalkung ist eine Vorsorgemaßnahme gegen die weitere Bodenversauerung in unseren Wäldern. Als Ansprechpartner der Maßnahme steht der zuständige Revierleiter, Herr Kaber, zur Verfügung.

Der Gemeinderat stimmt der Kalkungsmaßnahme einstimmig zu. Die auf den Gemeindewald Rhodt verbleibenden 10% der Nettokosten sollen vom Forstzweckverband Modenbach über die bereits erhaltene Bundeswaldprämie finanziert werden.

6. Verwendung der Bundeswaldprämie in den verbandsangehörigen Gemeinden des FZV Modenbach (-Nachhaltigkeitsprämie Wald -)

Stabile und naturnahe Wälder und ihre nachhaltige Bewirtschaftung schützen das Klima, sichern die Biodiversität und sind der wichtigste Erholungsort der Deutschen. Extremere Wassermangel und massiver Borkenkäferbefall sowie Sturmereignisse und Waldbrände haben in den letzten Jahren zu großen Schäden in unseren Wäldern geführt.

Die Forstwirtschaft steht vor der Aufgabe, die Wälder insgesamt langfristig auf den Klimawandel einzustellen. Die „Nachhaltigkeitsprämie Wald“ ist unter anderem am Klimaschutz ausgerichtet und umfasst damit auch Maßnahmen für die Stabilisierung der Wälder.

Im Forstamt Haardt bedeutet das die Erhöhung der Anteile unserer klimastabilen Baumarten wie z. B. der Eiche und Kastanie. Verjüngung und Pflege dieser stabilen Baumarten ist anspruchsvoll und teuer.

Deshalb wurde das Konjunktur- und Zukunftspaket für den Erhalt und die nachhaltige Bewirtschaftung der Wälder in Form einer Prämie für die Waldbesitzer aufgelegt.

Die Verwaltung hat in Zusammenarbeit mit dem Forstamt Haardt für die waldbesitzenden Gemeinden einen entsprechenden Förderantrag gestellt. Für die Ortsgemeinde Rhodt unter Rietburg wurde daraufhin eine Prämie i. H v. 68.400,00 EUR gewährt.

Durch den späten Eingang der Fördermittel können in diesem Jahr keine waldverbessernden Maßnahmen mehr in Angriff genommen werden.

Da ab 01.01.2022 die Waldbewirtschaftung der Gemeindewälder dem Forstzweckverband Modenbach übertragen wurde, können Maßnahmen zur Waldverbesserung nicht mehr von den einzelnen Gemeinden durchgeführt werden.

Um die Mittel der Bundeswaldprämie für künftige Maßnahmen (wie z. B. Waldkalkung, Pflanzungen, Einzäunungen etc.) dem Förderungszweck entsprechend einsetzen zu können, müssen die Fördermittel dem Forstzweckverband Modenbach als Aufgabenträger übertragen werden.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, die Bundeswaldprämie zweckgebunden für waldverbessernde Maßnahmen an den Forstzweckverband Modenbach zu übertragen.

7. Auftragsvergabe
- Renovierung Fenster und Fassadenfront/Südseite Rathaus Rhodt

Es ist vorgesehen die Fassadenfront und die Fenster auf der Südseite des Rathauses zu renovieren.

Hierzu liegt von der Fa. Roland Schneider, Edenkoben, Klosterstr. 155 ein Angebot in Höhe von 3.146,41 € **brutto** vor.

Der Preis ist ortsüblich und angemessen.

Nach Abschluss der erforderlichen Prüfung empfiehlt die Verwaltung den Auftrag an die Firma Roland Schneider, Maler- und Lackierermeister, 67480 Edenkoben, Klosterstr. 155, mit einer Auftragssumme von 3.146,41 € zu vergeben.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, den Auftrag für die Außenrenovierung der Fenster und der Renovierung der Fassadenfront auf der Südseite des Rathauses, an die Firma Roland Schneider, Maler- u. Lackierermeister, Klosterstraße 155, 67480 Edenkoben, mit einer Auftragssumme von brutto 3.146,41 EUR zu vergeben.

8. Auftragsvergabe
Reparatur des Sturmschadens am Dach des Kirchturms in Rhodt

Das Dach des Kirchturmes der Prot. Kirchengemeinde wurde durch ein Sturm im Mai 2021 beschädigt.

Zur Reparatur des Schadens liegt von der Fa. AERMAX GmbH, 68169 Mannheim, Industriestr. 39 ein Angebot in Höhe von 6.210,99 € brutto vor.

Dieses Angebot wurde von der Versicherung der evangelischen Kirche der Pfalz aus Speyer freigegeben.

Die Kosten der Dachreparatur in Höhe von 6.210,99 € werden komplett von der Versicherung übernommen.

Nach Abschluss der erforderlichen Prüfung empfiehlt die Verwaltung den Auftrag an die Firma AERMAX, 68169 Mannheim, Industriestr. 39, mit einer Auftragssumme von 6.210,99€ zu vergeben.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, den Auftrag für die Dachreparatur des Kirchturmes an die Firma AERMAX, 68169 Mannheim, Industriestraße 39, mit einer Auftragssumme von 6.210,99 EUR/brutto zu vergeben.

**9. Auftragsvergabe
- Sicherungsarbeiten Rietburg – Bestätigung einer Eilentscheidung**

Ortsbürgermeister Pister erläutert das Nachtragsangebot der Firma DICK BAU GmbH vom 24.09.2021 bezüglich der notwendigen Kernbohrarbeiten für die Rückverankerung. Die Angebotssumme beträgt 2.537,68 EUR/brutto.

Im Vorfeld wurden die jeweiligen Fraktionen über die Auftragsvergabe an die Firma DICK BAU GmbH, St. Martin, durch den Ortsbürgermeister Pister informiert.

Der Gemeinderat stimmt einstimmig der Auftragsvergabe an die Firma DICK BAU GmbH, St. Martin, mit einer Angebotssumme von 2.537,68 EUR/brutto zu und bestätigt die getroffene Eilentscheidung.

**10. Auftragsvergabe
- Sanierungsarbeiten an der Kellerdecke im Anwesen "Herrengasse 5"**

Ortsbürgermeister Pister informiert über die notwendigen Sanierungsarbeiten an der Kellerdecke im Anwesen „Herrengasse 5“. Für die Sicherstellung der Statik müssen die maroden Eisenträger saniert werden.

Die ortsansässige Firma Thomas Schreiber hat für die Durchführung der Sanierungsarbeiten ein Angebot in Höhe von 3.096,32 EUR/brutto vorgelegt.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, den Auftrag für die Sanierungsarbeiten an die Firma Thomas Schreiber, Rhodt, mit einer Auftragssumme von 3.096,32 EUR zu vergeben.

**11. Beschilderung Wohnmobilstellplatz
- Antrag Wählergruppe Schilling**

Der Stellplatz Ortsausgang Edenkoben, der als Wohnmobilplatz ausgewiesen wird soll unserer Ansicht nach, nur mit einer maximalen Aufenthaltsdauer von 4 Tagen genutzt werden können.

Eine Möglichkeit der Entsorgung ist auf diesem Platz nicht gegeben, somit müssen die Mobile nach spätestens 4 Tagen sowieso entleeren und auftanken fahren. Eventuell können wir dann auch eine Belegung größerer Gruppen über mehrere Tage, wie es Anfang Oktober der Fall war, umgehen.

Der Gemeinderat beschließt eine Beschilderung mit der Aufschrift max. Parkdauer 4 Tage an beiden Einfahrten des Wohnmobilstellplatzes am Straßburger Weg anzubringen.

Ortsbürgermeister Pister informiert über die Stellungnahme der Verwaltung (E-Mail vom 19.10.2021). Die Verwaltung teilt mit, dass die Kontrollfunktion schwierig wird bzw. problematisch ist. Die Aufstellung eines Schildes mit einer max. Parkdauer von 4 Tagen wird von der Verwaltung nicht befürwortet.

Nach umfassender Beratung beschließt der Gemeinderat mit 5 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen eine Beschilderung mit begrenzter Parkdauer von max. 4 Tagen für Wohnmobile an den beiden Einfahrten anzubringen.

12. Verkehrsangelegenheit

- Straßenmarkierungsarbeiten sowie Aufstellung eines Verkehrsschildes - Antrag Wählergruppe Schilling

Schon vor einigen Jahren, wurde beschlossen eine Straßenmarkierung mit der Aufschrift 20 in der Mühlgasse Ecke Theresienstraße anzubringen. Leider wurde statt eine 20 dort eine 30 gezeichnet. Die 3 wurde zwar recht zügig und so gut es ging entfernt, aber die 2 wurde bisher leider nicht aufgezeichnet. Auf mehrfache Anfrage wurde als Grund die kalte Jahreszeit genannt. Allerdings wurde in 2021 zur warmen Jahreszeit wieder nichts gemacht. Wir sind der Ansicht, dass diese Beschriftung unverzüglich erfolgen muss.

Ähnlich verhält es sich mit dem Sackgassenschild im Öhler. Gerade in der Hauptsaison hat das fehlende Schild nicht selten zu längeren Rangiermanövern geführt. Auch hier sind wir der Meinung, dass das Sackgassenschild soll so schnell wie möglich angebracht werden soll.

Der Gemeinderat beschließt die Straßenmarkierung einer großen 20, in der Mühlgasse Ecke Theresienstraße unverzüglich auszuführen, sowie ein fehlendes Sackgassenschild im Öhler anzubringen.

Nach Beratung beschließt der Gemeinderat einstimmig die Straßenmarkierung mit der Aufschrift einer großen 20, in der Mühlgasse Ecke Theresienstraße auszuführen und das Sackgassenschild im Öhler anzubringen.

13. **Kindertagesstätte Rhodt**
- Klärung von Bedarf und Erweiterungsmöglichkeiten
- Beantwortung Anfrage CDU-Fraktion vom 15.10.2021

Allgemeine Situation:

Die Ansprüche an Kindertagesstätten haben sich durch das am 01.07.2021 in Kraft getretene Kita-Zukunftsgesetz Rheinland-Pfalz erweitert. Durch den Rechtsanspruch auf eine durchgängige 7-Stunden-Betreuung des Kindes, muss das Angebot für eine Mittagsverpflegung gegeben sein. Dies führt zu einem erweiterten Bedarf im sog. Nebenraumprogramm also an Speise- und Schlaf-/Ruhemöglichkeiten bzw. Funktionsräumen.

Gemäß § 24 Abs. 2 SGB VIII, §§ 14 Abs. 1 und 15 KitaG haben Kinder im Alter von 1 bis 3 Jahren einen Anspruch auf Betreuung in einer Kita **oder** in der Kindertagespflege. Daneben haben Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr Anspruch auf den Besuch einer KiTa.

Diese [auf den ersten Blick verwirrende Regelung] wird im Landkreis Südliche Weinstraße wie folgt umgesetzt:

- ⇒ Kinder ab dem vollendeten zweiten Lebensjahr werden in einer Kindertagesstätte betreut.
- ⇒ Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr, werden in der Kindertagespflege betreut, es sei denn, die KiTa kann aufgrund freier Kapazitäten Einjährige aufnehmen (das ist in den wenigsten KiTa's der Fall).

Die Aufgabe der Ortsgemeinde ist es, als Trägerin für die Kindertagesstätte zu fungieren. Dabei hat die Ortsgemeinde diese Aufgabe als Pflichtaufgabe der Selbstverwaltung zu erfüllen, § 5 Abs. 4 KiTaG.

Bedarfssituation:

Die Bedarfszahlen für das kommende Kita Jahr 22/23 stellen sich wie folgt dar:

Rhodt: 64 Kinder davon 1-jährige: 5 Kinder

- ➔ **59 Kinder ab zwei Jahren** haben Bedarf
- ➔ Die KiTa in Rhodt hat derzeit 50 Betreuungsplätze
- ➔ Damit fehlen 9 Betreuungsplätze

Nach dem dieser Tagesordnungspunkt einer umfassenden Beratung bedarf, beantragt das Ratsmitglied Dr. Birgit Heintz-Gehm diesen auf die nächste Gemeinderatsitzung zu vertagen.

Der beantragten Vertagung auf die nächste Gemeinderatsitzung wird einstimmig zugestimmt.

14. **Informationen**

Ortsbürgermeister Pister informiert über

- a) das Schreiben von Herrn Günter Baumann vom 25.10.2021 bezüglich Beschädigung des Feigenbaumes am Wohnhaus.

- b) den stattgefundenen Vororttermin mit dem LBM bezüglich der aufgestellten Parkverbotschilder (absolutes Halteverbot) im Bereich der „Weinstraße“. Der Grund für diese Aufstellung war primär die Palatina Bus GmbH um den festgelegten Fahrplan einzuhalten. Mit dem LBM wurde eine Kompromisslösung vereinbart, dass Parkverbotschilder mit eingeschränkten Halteverbot (Be- und Entladen ist damit möglich) aufgestellt werden.

Die CDU-Fraktion ist der Auffassung, dass in der letzten Gemeinderatssitzung am 21.09.2021 der Tagesordnungspunkt – Wetterstation in öffentlicher Sitzung hätte beraten werden müssen. Ortsbürgermeister Pister teilt hierzu mit, dass die Angelegenheit derzeit geprüft wird.

Beigeordneter Fader teilt mit, dass im November eine Baumpflanzaktion an der „Weinstraße“ in Richtung Edenkoben durchgeführt wird.

Beigeordneter Blank teilt mit, dass die Abwasserleitung der Behindertentoilette mittels Kamera untersucht wird, weil der Abfluss verstopft ist.

Ratsmitglied Dr. Axel Schmucker erinnert daran, dass in der Grundschule für die Schulkinder immer noch kein Warmwasser in der Sanitäreanlage (Händewaschbecken) zur Verfügung steht.

	Datum	Unterschrift
Vorsitzender:		
Ortsbürgermeister		
Schriftführer		